

Wien, Freitag den 19. Dezember 1924 . Zweite Ausgabe

Die Kraftwagen verkehren am goldenen Sonntag. „ Am goldenen Sonntag, ( 21. Dezember 1924 ) findet wie an Werktagen ein Kraftstellwagen - Tag - Verkehr statt. "

W I E N E R G E M E I N D E R A T  
Nachmittagssitzung vom 19. Dezember 1924

Um vier Uhr nachmittags eröffnet Vizebürgermeister Hoss die Sitzung.

G.R. Rummelhardt ( chr. soz. ) sagt, dass noch selten ein Voranschlag der Gemeinde Wien so allgemeines Interesse erregt habe, wie der für das Jahr 1925. Nach dem Jubel wegen des Ueberschusses von nahezu 635 Milliarden im Rechnungsabschluss folgt aber jetzt die Ankündigung eines Difizits von einer Billion. Das versteht die Bevölkerung nicht, sie empfindet das als Spiegelfechterei oder als eine Art der Budgetierung die hier bereits als unredlich bezeichnet wurde. Die Mehrheit glaubt hier im Namen der Wiener Bevölkerung so Regieren und so Verwalten und ihr Machtbewusstsein geht soweit, dass sie in öffentlicher Gemeinderatsitzung einem Rechtsbruch ihre Zustimmung gegeben hat. Bei der letzten Wahl hat die heutige Mehrheit nur eine kleine Zahl von Stimmen erhalten, wenn man alle Wahlberechtigten in Betracht zieht. Dieser Umstand und dieser geringe Prozentsatz sollte Sie eher anfeuern, die grösste Unparteilichkeit in der Verwaltung dieser Stadt an den Tag zu legen. Obwohl Ihnen das bewusst sein muss, haben Sie hier auf Grund einer ganz eigenen Verfassung eine schrankenlose Partei-wirtschaft eingerichtet, die dazu beiträgt die Bevölkerung mit dem grössten Misstrauen zu erfüllen. Die Verfassung, die Sie sich zurecht gelegt haben, hat nur den Schein einer Demokratie. In Wirklichkeit ist sie eine Autokratie der acht amtsführenden Stadträte. Wer die Verhältnisse der Verwaltung dieser Stadt kennt, weiss genau, dass die Entscheidung nicht im Gemeinderat liegt, nicht in den Ausschüssen, sondern im Rat der acht amtsführenden Stadträte, im sogenannten Amtsrat. An diesem Amtsrat nimmt auch der Präsident des Stadtschulrates teil, der sich am Bürgerring eine eigene Sapatrie errichtet hat. Auch der hat sich seine eigene Wirtschaft geschaffen, die deshalb so wichtig ist, weil sie unser Schulwesen betrifft. An diesem Amtsrat nimmt auch der Bürgermeister teil. Er ist eigentlich mehr zu einer repräsentativen Persönlichkeit geworden, gleichgiltig ob er Reumann oder Seitz heisst. Wer die Verfassung genau kennt, weiss, dass der Bürgermeister wenig machen kann und das scheint auch der Grund dafür zu sein, dass ihn die Bürgermeisterei nicht sehr freut, weil man ihn so selten im Gemeinderat und Stadtsenat sieht.

Wie sich die acht amtsführenden Stadträte räuspern und wie sie spucken, dass haben Ihnen die sozialdemokratischen Bezirksvorsteher glücklich abgeguckt. In vielen Bezirken wurde eine reine Parteiwirtschaft errichtet. Dies ist vor allem in der Brigittenau der Fall, wo der Herr Janecek die Personifikation der Brutalität verkörpert. Es ist kein streng gehütetes Geheimnis dass er auch den Winken der oberen Parteileute nicht nachgibt und ein derart rüde Mensch ist, der glaubt tun und machen zu können, was er will.

Auch die Obmänner Ihrer Fürsorgeinstitute in einzelnen Bezirken betätigen sich nur rein parteimässig. Ich möchte da an den Vortrag des früheren Bundeskanzlers Dr. Seipel erinnern, der gesagt hat, wenn ein Politiker, gleichgiltig welcher Partei er angehört, ein Amt übernimmt, dann muss er dieses Amt unparteiisch und zum Wohle der Be-

völkerung ausüben. Ich verweise da auf den sozialdemokratischen Bürgermeister von München, an dem Sie sich endlich ein Beispiel nehmen sollten. Der Mann hat wiederholt erklärt, dass er täglich gezwungen ist, die Parteigrundsätze zurückzustellen, um die Stadt ordentlich verwalten zu können.

Ihre parteimässige Verwaltung zeigt sich auch bei der Behandlung jener Faktoren, die Sie in der Verwaltung als Beamte zu unterstützen haben. Das Beamtendorf der Stadt Wien war von A bis Z derart beschaffen, dass jeder den Hut ziehen musste, bis Sie an die Herrschaft gekommen sind. Sie haben dem Verband der städtischen Angestellten gegründet, der sich Rechte anmasset, die nur ein Pflichtverband haben könnte. Das war solange moralisch möglich, solange der Verband jene Zusammensetzung hatte, als zur Zeit der Schaffung der Dienstordnung. Später setzte in den Reihen des Verbandes eine parteipolitische Agitation ein, der Verband näherte sich immer mehr den sogenannten sozialistischen Gewerkschaften und schloss sich endlich ganz der roten Gewerkschaft an. Das war für viele Mitglieder der Anlass zum Austritt. Sie wurden deswegen versetzt, geschuhriegt und bei Avancements übergangen, ein christlichgesinnter Schulwart wurde derart verfolgt, dass er aus Verzweiflung Selbstmord verübte. Selbst die höchste Stelle im Personalreferat achtet nicht die politische Meinungsfreiheit der Beamten. Der frühere Branddirektor Schifter wurde auf Urlaub geschickt weil er eine Deputation christlicher Feuerwehrmänner empfangen hat, dieser Urlaub dauerte eineinhalb Jahre und erst vor vierzehn Tagen ist er pensioniert worden. Redner verlangt, dass das Gesetz über die Personalvertretungen abgeändert werde, dahin, dass die Mitglieder nach den Proporz durch allgemeine gleiche und gerechte Wahl in die Personalvertretung entsendet werden. Der Magistrat möge beauftragt werden, diese Abänderung im Einvernehmen mit den Gewerkschaften auszuarbeiten. Desgleichen wäre in der Abänderungsvorlage die Bestimmung über den Disziplinarsenat zu modifizieren, und die direkte Wahl der Mitglieder des Disziplinarsenats zu statuieren. Redner zählt eine Reihe von Fällen auf, wonach städtische Angestellte wegen ihrer Gesinnung drangsaliert und diszipliniert worden seien und erklärt, es sei unrichtig, dass unter der christlichsozialen Herrschaft Lehrer wegen ihrer sozialistischen oder deutschnationalen Gesinnung gemassregelt wurden. Man habe nur solche Lehrer angestellt, die sich offen als Republikaner und Grossdeutsche deklarierten, weil das mit der damaligen monarchistischen Staatsform nicht vereinbarlich war. Jetzt aber werden Lehrer wegen ihrer politischen Gesinnung verfolgt, auch deswegen, weil sie sich auf dem Boden des Reichsvolksschulgesetzes stellen, die Kinder sittlich religiös erziehen und sie auffordern ihre religiösen Pflichten zu erfüllen, weil sie vernünftiger sind in der Behandlung der Kindesseele als es die Schulbehörde ist. Ganz gegen das Gesetz werden von der heutigen Schulverwaltung konfessionslose Schulleiter angestellt, manchen Kindern Zeugnisse ohne Religionsnoten verabfolgt, wodurch diese Kinder in ihrem Fortkommen schwer behindert werden. Die Religionsfeindliche Haltung der Mehrheit drücke sich in der Tatsache aus, dass 21 Bürgerschulkatechetenstellen seit eineinhalb Jahren nicht besetzt werden, ein Willkürakt sondergleichen. Das Bestreben zielt darauf ab, die Kinder religionslos zu erziehen. Darüber seien die Eltern derart erbittert, dass sie immer stürmischer ein eigenes Gesetz fordern, wonach die Erziehung der Kinder durch katholische Lehrer gesichert werde. Die Schulreform hat bei vielen Kindern eine arge Verspieltheit und Geschwätzigkeit gezeitigt und allgemein geht die Frage dahin, dass viele in die Mittelschulen eintretenden Kinder nur mangelhaft die Orthographie beherrschen.

G.R.in. Dr. Furtmüller ( soz. dem. ) : Genau das Gegenteil

Wien, Freitag den 19. Dezember 1924.

WIENER - GEMEINDERAT .

Der Gemeinderat begann heute um neun Uhr vormittags mit der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1925.

Vor Beginn der Verhandlung hielt Bürgermeister Seitz der kürzlich verstorbenen Gemeinderätin Amalia Pölzer, deren Platz ein Lorbeerkrantz mit roter Schleife schmückte, folgenden Nachruf:

Der Wiener Gemeinderat und die Stadt Wien haben durch das Hinscheiden unserer Kollegin Frau Gemeinderätin Amalia Pölzer einen schweren Verlust erlitten.

Amalia Pölzer ist seit Jahrzehnten im öffentlichen Leben Wiens gestanden. In dem Augenblick als eine der grössten Errungenschaften der Republik unter Demokratie erzielt war, das Frauenwahlrecht, war es ganz selbstverständlich, dass diese Frau zu den ersten zählte die in den Gemeinderat der Stadt berufen wurde. Sie hat sich hier vor allem mit den Fragen der Humanitätsverwaltung beschäftigt und hat auf diesem Gebiet Grosses geleistet. Hatte sie doch schon durch ihre Vorarbeiten im öffentlichen Leben insbesondere in der Zeit des Krieges die hierzu notwendigen Erfahrungen geschöpft. Ihr gutes Herz, ihr Wohlwollen, die Liebe die sie jedem, gleichgültig ob Freund und Gesinnungsgenosse oder Gegner entgegenbrachte, prädestinierten sie ja geradezu für dieses Amt. Amalia Pölzer hat Jahrzehnte hindurch für das Frauenwahlrecht und für die Frauenrechte gekämpft. Als sie aber in den Gemeinderat eintrat, tat sie mehr für diese Frauenrechte. Es sprach nicht mehr das Wort, es sprach die Tat. gehörte zu jenen Frauen, die ihre Arbeit in den öffentlichen Körperschaften erst recht den grossen Gedanken des Frauenstimmrechts in den Gehirnen unserer Verankerung, die bis dahin vielleicht gegen das Frauenwahlrecht waren Sie gehörte zu jenen Frauen, die durch die praktische Tat den Beweis erbracht haben, dass wir ohne die Frauen im öffentlichen Leben nicht wirksam schalten und walten können. Amalia Pölzer war unsere Kollegin und ich spreche wohl im Sinne des ganzen Gemeinderates, wenn ich sage, die war unsere liebe und von allen geschätzte Kollegin, eine Frau, die vor allem durch ihr liebenswürdiges Wesen gewann und durch das Wohlwollen das aus allen ihren Handlungen und aus jedem ihrer Worte erfluss. Der Gemeinderat wird dieser Frau stets ein ehrendes Andenken bewahren, sie wird in uns und in unserem Gedächtnis fortleben, wie wir sie gesehen haben, : Eine liebende, aufopfernde Mutter und Gattin, eine treue Gefährtin bei der Arbeit, eine echte Wienerin von gutem Herzen und lebhaftem Sinn und voll Tatkraft im Wirken für ihre Vaterstadt.

Dieser Nachruf wurde von den Mitgliedern des Gemeinderates stehend angehört.

Bürgermeister Seitz macht nun einige geschäftliche Mitteilungen, worauf der städtische Finanzreferent die Beratungen des Voranschlages einleitet.

Stadtrat Breitner führt aus:

Ich habe im Vorjahre die Budgetdebatte mit einer Rede eingeleitet in der ich darlegte, dass es ein schwerer Fehler wäre nur völlig einsei-

tig, wie dies seitens des Bundes der Fall sei das finanzielle Gleichgewicht des öffentlichen Haushaltes anzustreben und das Problem der sonstigen Wirtschaft gant auferacht zu lassen. Damals schied der Himmel noch

voller Geigen zu hängen. Die Fülle von Banken- und Bankgeschäften, die hohen Börsenkurse galten als der Beweis blühender Gesundheit unseres Wirtschaftslebens. Seiher hat ein in der Finanzgeschichte vereinzelt dastehender Börsen- und Bankenkrach, haben die in Gefolge der zusammengebrochenen Frankenspekulationen ins Ausland gewanderten Milliarden eine schwere Vertrauens- und Creditkrise heraufbeschworen, unter der Industrie, Gewerbe und Handel und damit die Arbeiter und Angestellten schwer zu leiden haben. Jetzt erst tritt so eigentlich die künstlich verschleiert gewesene große Verarmung unseres Landes zutage. Dieses Erkennen wirkt erschütternd. Die Menschen müssen sich erst neu dieser Tatsache anpassen, die ihnen in den Novembe tagen 1918 weit klarer vor Augen stand. Die Gemeindeverwaltung ist sich des unlöslichen Zusammenhanges zwischen dem Wohlergehen öffentlicher und privater Wirtschaft durchaus bewußt und hat ihre eigene Haushaltsführung auch darnach eingerichtet. Das kann natürlich nicht bedeuten, daß die Gemeinde einfach auf alle Steuern verzichtet um sie dem einzelnen Abgabepflichtigen zu überlassen, voll des Vertrauens, das er schon die volkswirtschaftlichste und nützlichste Verwendung treffen werde. Wir haben gesehen, wie oft dies nicht geschehen ist. Wir haben erlebt wie die meisten Inflationsgewinne im Gegensatz zu dem, was in Deutschland geschehen ist, nicht zu großzügigen die Leistungsfähigkeit erhöhenden Investitionen geführt hat, sondern vielfach in Nichts zerfallen und ins Ausland abgeströmt sind. Von den Steuern der Gemeinde ist der Volkswirtschaft keine Krone verloren gegangen. In Form der dem Großstadtcharakter verbürgenden Einrichtungen aller Art, in Form der seit 1919 unausgesetzt erweiterten und auf die höchste Stufe der Leistungsfähigkeit gebrachten städtischen Unternehmungen sind alle die vereinnahmten Beträge in Goldwerten fest gehalten und zum Nutzen der Bevölkerung vorhanden. Wir können und dürfen uns nicht darauf einlassen, wie man es jetzt der Gemeindeverwaltung von Seite der Minderheit so gerne zumuten möchte uns auf das möglichst enge abgegrenzte Gebiet der rein obrigkeitlichen Agenden einzuschränken, jeder darüber hinausgehenden Betätigung zu entsagen, alles der privaten Initiative überantworten und uns dafür mit dem kärglichsten Minimum an Angaben zu begnügen. Der Bund hat sich durch Genf auf diesen Weg zwingen lassen. Er darf nicht einmal die tatsächlich vorhandenen Gelder selbst für die produktivsten Investitionen verwenden, weil die Höhe der Ausgaben von vorneherein starr mit einer unzulänglichen Summe begrenzt ist. Jedermann sieht und insbesondere im Vergleich mit <sup>Wien</sup> daß nach dieser Methode ein fürliches Verdorren eintritt. Nun möchte die Minderheit in diesem Saale die Mehrheit des Nationalrates aus dieser Not eine Tugend machen. Sie will der ihr so unangenehmen Parallele entgegen und propagiert, daß nun auch alle öffentlichen Verwaltungen, vor allem Wien den gleichen Weg gehen sollen. Auf diese Weise wird die Krise gewisse nicht überwunden, sondern nur der Zusammenbruch herbeigeführt werden. Ich bin in der angenehmen Lage dies an einem vollkommen überzeugenden Beispiel zu beweisen. gleichzeitig damit als die beste Einleitung zu diesem Voranschlage kann ich der ganzen Wiener Bevölkerung eine hochehrfreuliche Mitteilung machen.

S  
L. M. C. L.

## Zweiter Bogen

Das Opponitzer Wasserkraftwerk ist nach dreijähriger Bautätigkeit beendet. Die Maschinen sind bereits in Ausprobung für den Anlauf. Schon in den nächsten Tagen wird der Wasserkraftstrom in Wien eintreffen. In der Silvesternacht wird bereits eine ganze Reihe von Wiener Straßen zum erstenmal in elektrischer Beleuchtung erstrahlen. In der Abendstunden des Neujahrstages wird eine festliche Illumination des Rathauses dieses frohe Ereignis sinnfällig verkünden. Das sind die äußeren Zeichen für die Gesamtwirtschaft aber dieses Landes liegt die große Bedeutung darin, daß wir von nun an 7.500 Waagen Kohle, die wir bisher aus der Tschechoslowakei beziehen mußten, aus einem früher nutzlos dahinschwindenden Wasserlauf gewinnen. Wir ersparen es also, alljährlich Dutzende Milliarden ins Ausland zu senden. Diese Beträge bleiben bei uns und wir werden um sie nicht ärmern. Das ist schon sehr viel aber noch nicht alles. Vom 1. Jänner angefangen werden die städtischen Elektrizitätswerke sämtlichen Kraftabnehmern im Wiener Stadtgebiet, unter voller Aufrechterhaltung aller bisherigen Rabatte ganz allgemein und ausnahmslos einen Nachlaß von zwölf einhalb Prozent des offiziellen Kraftstrompreises gewähren. Für die gesamte Wiener Industrie, für das ganze Wiener Gewerbe, für jedweden Betrieb, der Kraftstrom verbraucht, tritt also eine Ermäßigung um ein volles Achtel ein. Das ist einer der vielen Beiträge der Gemeinde Wien zur Bekämpfung der Teuerung, zur Belebung der Wirtschaft, zur Überwindung der Krise. Wir verzichten auf Enquêtes, wir setzen die Tat. (Beifall)

Und wie ist das möglich geworden? Wie ist das Opponitzerkraftwerk zustande gekommen? Etwa durch die vielgerühmte und alles heilende Privatinitiative? Gar keine Spur! Und dabei haben wir dieser Privatinitiative den breitesten Raum gelassen, wir haben sie in der feierlichsten Form der Teilhaberschaft zur Mitarbeit eingeladen.

Als im September 1921 die Wag gegründet wurde, sind durch einstimmigen Beschluss des Wiener Gemeinderates die österreichischen Banken zur Hälfte Aktionäre der Wag geworden. Es sollte auf diese Weise die stärkste Kapitalkraft des Landes für das in trübster Zeit begonnene Aufbauwerk gesichert werden. Hätten wir uns nur auf diese Privatinitiative verlassen müssen, dann käme kein Opponitzerstrom nach Wien, dann gäbe es keine Herabsetzung des Kraftpreises um ein Achtel, dann wären die Arbeiten schon im Frühjahr 1922 ins Stocken geraten, weil Kapital für dieses große und so nützliche Werk einfach nicht zu haben war. Vielleicht zu dem Satz von vierzig Prozent jährlich, der dann die Wirkung gehabt hätte, dass der Tag des Eintreffens des Wasserkraftstromes ein Tag neuer und schwerer Belastung für die Wiener Bevölkerung geworden wäre. Wir mußten dann die Mitteilung machen, dass die Strompreise aus diesem Anlass zu mindest um ein Viertel hinaufgesetzt werden. Wir haben uns nicht entmutigen lassen, sondern im Jahre 1922 die Wasserkraft eingeführt und mit ihrem Erlös unter Bevorschussung der künftigen Einnahmen der Wasserkraftabgabe durch die Gemeinde das Werk zu Ende geführt. Bei der Wag gibt es keine Aktionäre, die an einem hohen Strompreis Interesse haben könnten, alle Aktien gehören der Gemeinde. Bei der Wag gibt es keine ausländischen Darlehen und nicht die Notwendigkeit, für einen hohen Zinsdienst aufzukommen und es

dem nicht alljährlich Dutzende Milliarden in Form der eingelösten Coupons in Ausland und steigern die Verarmung unseres Landes. Wir sind vielmehr in der glücklichen Lage, jene fünfzig Milliarden Kronen, die bis Ende 1924 als Wasserkraftabgabe eingegangen sind und die also die Wiener Bevölkerung aus eigener Kraft und in Form von wenig fühlbaren Monatszuschlägen zu den Gas- und Stromrechnungen aufgebracht hat, als eine Art außerordentliche Abschreibung zu betrachten und vollkommen zinsfrei zu lassen. Die Gemeinde selbst kann sich für jene 350 Milliarden Kronen, die sie der Wag als Darlehen gegeben hat, natürlich mit weit geringeren Zinsen begnügen als sie von in- oder ausländischen Banken gefordert werden. Die Wasserkraftabgabe des Jahres 1925 wird in der gleichen Weise zur teilweisen Deckung der Arbeiten am Wasserkraftwerke Kienberg-Gaming dienen, für das noch rund hundert Milliarden erforderlich sind. So wird auch in den folgenden Jahren immer wieder ein Teil des Anlagekapitales getilgt werden und dann die Möglichkeit einer Verbilligung des Stromes geboten sein. Sie sehen also, dass die Privatinitiative keineswegs genügt. Es ist vielmehr die vorwärtstreibende Initiative der öffentlichen Verwaltung notwendig und plastisch tritt damit auch der durch die vielverlästerten Gemeindeabgaben entstehende Vorteil in Erscheinung.

Stadtrat Breitner erörterte sodann den Aufbau und die Hauptgruppen des Budgets, erklärte, daß die Gemeinde keiner neuen Abgabenteilung mehr zustimmen, vielmehr die Wiedererlangung ihrer alten Zuschlagsrechte sei es auch innerhalb von Rahmengesetzen - anstreben werde und führt aus: Die Wohnhausbauten sind mit der großen Summe von 908 Millionen eingesetzt und geben in einem starken Maße dem voranschreitenden Gepräge. Es entspricht dies der Tatsache, daß die Wohnungsfrage in der ganzen Welt, vor allem anderen aber bei uns eines der allerwichtigsten Probleme darstellt. Für uns mit höherer Bedeutung als sonstwo. Es ist ganz und gar unrichtig, wenn die Frage des Mieterschutzes, wie dies seitens der Minderheit geschieht, als eine politische Angelegenheit, als der Versuch der Sozialisierung der Wiener Häuser, betrachtet wird. Hier handelt es sich um eine Wirtschaftsfrage. Es ist lediglich zu untersuchen, ob unsere Produktion in der Lage ist, jene Erhöhung der Mietzinse zunächst auf das Sechstausendfache zu ertragen, wie sie von den Christlichsozialen im Nationalrat vorgeschlagen wird. Diese Steigerung würde ja nur die erste Stufe auf dem Wege zur freien Wirtschaft im Wohnungswesen bilden. Man halte sich bloß vor Augen, in welchen Sorgen und Nöten der Bund, der größte öffentliche Arbeitgeber in diesem Lande sich gegenüber den Wünschen seiner Angestellten befindet. Man kann nun ermaßen, was es bedeuten würde, wenn alle diese Angestellten den sechstausendfachen Friedenszins zu zahlen hätten. Das Gleiche gilt für Wien, gilt für alle anderen Länder und Gemeinden, gilt für jeden einzelnen Geschäftsmann, gilt für jedweden Haushalt. Der sechstausendfache Friedenszins würde besagen, daß aus der Wiener Bevölkerung rund 2.800 Milliarden herausgeholt werden sollten. Und das zugunsten der Hausbesitzer, von denen mehr als ein Drittel Ausländer sind, so daß der größte Teil

V i e r t e r B o g e n

G.R. Zimmerl (chr. soz.) erklärt, dass er im Gegensatz zum Referenten in dessen Ausführungen der Bund einen breiten Platz eingenommen haben, sich mehr mit der Gemeindegewirtschaft und weniger mit dem Bund befassen wolle. Gewiss besteht zwischen den wirtschaftlichen Verhältnissen des Jahres 1924 und denen des Jahres 1923 ein gewaltiger Unterschied wobei man allerdings für die Spekulationswut der wirklich niederträchtigen Spekulanten, die im Auslande Devisen spekuliert haben niemand verantwortlich machen kann. Nur eines ist richtig, dass das auch mit zu den Errungenschaften jener Revolution gehört hat, die sie Jahrzehnte hindurch gewünscht und mit hellem Jubel begrüsst haben (Zustimmung bei den christlich-sozialen). Der Voranschlag für das Jahr 1925 hat gar keine Überraschungen gebracht. Wir sehen wirklich so gewaltige Veränderungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen, da müsste man ihnen von Seiten der Gemeinde Rechnung tragen. Nun wollen wir dieses System Breitner- es ist nicht persönlich gemeint- genau untersuchen. Es ist ein System der Unaufrichtigkeit und der Unrichtigkeit der Voranschläge, ein System der Rechtswidrigkeiten und Rechtsbeugungen, ein System der kontrollosen Wirtschaft und der Thesaurierung geheimer Kassenbestände, ein System der Vergewaltigung der Minderheit, ein System der Verletzung allgemein gültiger Finanzwirtschaftlicher Richtlinien, ein System der Uebersteuerung und der Maskierung dieser Tatsachen, mit demagogischen Schlagworten, ein System der Entwertung und damit der langsamen Vernichtung des Mittelstandes. Was in diesen sieben Kapiteln zusammengefasst ist, ist das System Breitner, das System der Unaufrichtigkeit und Unrichtigkeit. In Ihren Voranschlägen setzen Sie die Einnahmen beliebig niedrig an und sind dafür in Ausgaben grosszügig. Im Vorschlage 1924 war die Fürsorgeabgabe mit 350 Milliarden veranschlagt und wurde erst über unsern energischen Einspruch im Laufe der Debatte mit 450 Milliarden festgesetzt. Ergeben hat aber die Fürsorgeabgabe 600 Milliarden. Das gleiche gilt bezüglich der präliminierten und den wirklichen Lustbarkeits-, Nahrungs- und Genussmittel-, der Wertzuwachs- und der Hauspersonalabgabe. Der Voranschlag für 1925 enthält allerdings die wirklichen Ziffern, die wir als die Binzusetzenden ohneweiters anerkennen. Da werden aber die Ausgaben schon überspannt eingestellt. Wenn Herr Breitner schon gezwungen ist, die Einnahmeposten richtig einzusetzen, so setzt er die Ausgaben höher ein und so kommt man zu dem berühmten Defizit. Denn ein Defizit muss da sein. Im Finanzausschuss wurde berichtet, dass der erste Entwurf 5.4 Billionen an Ausgaben vorgesehen hat. Herr Breitner hat gemeint, man müsse da eine 200%ige Erhöhung der Steuern vornehmen, und das sei unmöglich, es würden viele Betriebe zusammenbrechen. Herr Breitner war nun der Wohltäter und hat die geplanten Ausgaben auf 4.2 Billionen herabgedrückt. Das Investitionsprogramm gleicht dem Programme gewisser Wohltätigkeitsakademien auf denen eine Reihe von prominenten Künstlern angekündigt wird, die dann alle absagen. Als die drei grossen Notstandsprogramme der Gemeinde vorgelegt wurden, hat Dr. Seipel in einer seiner Wahlreden von der Teerkiste gesprochen die an einer Stelle aufgestellt und dann auf eine andere Stelle übertragen wird. Das hat das Konzept Ihrer Wahlpropaganda gestört.

Stadtrat Breitner : Er hat sich nur plamiert ?

G.R. Zimmerl : Aus den Teerkisten sind grosse Wohnhausbauten geworden, man hat zehn Wohnhausbauten angekündigt, vier gemacht und die sechs nicht vollendeten/zu den Wohnhausbauten des nächsten Jahres dazu gerechnet. Ebenso ist es mit den Krediten der Elektrifizierung der Stadtbahn gewesen, für die man in jedem Jahre die bereits bedeckten Kredite nach einmal be-

deckt hat. Daraus resultieren Ihre Kassenbestände, daraus ergibt sich die Grösse Ihrer Investitionen. Jetzt das System der Rechtswidrigkeiten und Rechtsbeugungen. Schon die verfassungsmässigen Grundlagen Ihrer Verwaltung sind eine Unmöglichkeit. Dass das Entscheidungsrecht einzelnen Personen in erster und zweiter Instanz zusteht, ist ein unmögliches Verhältnis. Da wurden neue Gemeinden wie Neu Ybbs und Neu Mauerbach geschaffen, man weiss nicht wer sie geschaffen hat und zu wessen Gunsten Sie dürften aus wahltechnischen Gründen geschaffen worden sein und alle Massnahmen, die aus wahltechnischen Gründen getroffen werden, sind Unsinn. Nun steht der Eintritt in jede Gemeinde jedem Staatsbürger offen. Wenn man also in die Gemeinden Neu Mauerbach kommt, darf man hinein, wenn man aber in die Anstalt hineingehen will, wird man hinausgewiesen.

Stadtrat Breitner : Da müssen Sie sich an den Dr. Buresch wenden.

G.R. Zimmerl : Es gibt in Steuerangelegenheiten eine Beschwerdekommision, hier führt der Magistratsdirektor das Referat über eine Entscheidung jenes Amtes, dem er vorsteht. Als wir zum Beispiel das Gesetz über die Fürsorgeabgabe beraten haben, wurde sowohl von der Mehrheit als auch von der Minderheit versucht für einzelne Gesellschaften und Genossenschaften Erleichterungen zu erlangen. Dies wurde auf Wunsch des Finanzreferenten abgelehnt. Auf einmal hat man durch Zufall erfahren, dass die Konsumvereine von der Leistung der Fürsorgeabgabe befreit worden sind, ein grosser Konsumverein hat gegen die Vorschreibung reklamiert, die Beschwerdekommision hatte darüber zu entscheiden und der Magistratsdirektor, der bei allen Verhandlungen anwesend war und die Absichten der Gesetzgeber genau kannte, ist als Referent in der Beschwerdekommision für die Befreiung der Konsumvereine von der Fürsorgeabgabe eingetreten (Hört!hört!bei den Parteigenossen) in der letzten Zeit wurde viel über die Veröffentlichung der Steuerdaten gesprochen und Herr Breitner hat in seiner Verteidigungsrede mit einem bissigen Hinweis auf uns, die wir von Gesetzen sprechen obgleich wir Leien sind, erklärt, auf das juristische lasse er sich nicht ein. Wir haben im Landtag und im Gemeinderat einen einzigen Juristen.

StR. Breitner : Dr. Danneberg !

G.R. Zimmerl : Wenn einer der obersten Funktionäre dieses Hauses erklärt er sei Leie und kann nicht beurteilen, was recht ist, so kann man darauf erwidern, dass Recht und Gesetz hier unbekante Begriffe sind (Sehr gut bei den Parteigenossen). Nun das dritte Kapitel im System Breitner, die kontrollose Wirtschaft und die Thesaurierung ungeheurer Kassenbestände. Wenn es eine verwaltende Mehrheit und eine kontrollierende Minderheit im Stadtsenat gibt, so muss man für diese die Möglichkeit der Kontrolle festsetzen, die Minderheit muss im Rahmen der Möglichkeit der Verfassungsvorschriften das Recht zu bestimmen haben, wie sie die Kontrollmassnahmen durchführen will. Nun darf die Minderheit unausgesetzt Zuschusskredite bewilligen aber wie hoch die Kassenbestände sind, darüber erhält man nie eine Auskunft. Früher hat man uns Mitteilungen über die Steuereingänge verheimlicht, dann hat man sie vertraulich mitgeteilt und heute sind sie nicht mehr vertraulich und werden der gesamten Öffentlichkeit kund getan. Im Laufe des Jahres hat Herr Breitner wiederholt erklärt, dass die Kassenbestände auf Grund des Voranschlages des Jahres 1924 aufgebraucht worden sind aber man kann sich die Kassenbestände aus dem Voranschlage ausrechnen und ruhig behaupten, dass am 31. Dezember wieder eine Billion an Kassenbeständen dasein wird. Das Defizit das Herr Breitner für das Jahr 1925 mit über 900 Milliarden berechnet deckt er aus den Kassenbeständen.

Es steht im Voranschlag, dass 402 Milliarden durch die Aufnahme von Bankkrediten gedeckt werden sollen. Das ist ein Spass. Herr Breitner hat die 900 Milliarden bereits in seiner Kassa. Das geht noch aus anderen Posten hervor, da aus der Post „Nutzung verfügbarer Kassenbestände“ die im Jahre 1925 <sup>900</sup> Milliarden tragen soll. Da die Banken nicht viel mehr als 10% zahlen werden, so ergibt sich daraus ein Kassenbestand von einer Billion Kronen. Wie diese vorhandene Billion verwaltet wird, darüber wird uns jede Auskunft verweigert. Aber so hohe Kassenbestände sind nicht notwendig. Die Kassenbestände sind nie so hoch gehalten worden und wenn sie so hoch waren so waren das andere Verhältnisse. Es ist tatsächlich der Geschicklichkeit Breitners zu verdanken, dass unsere Abgaben so eingestellt sind, dass sie vierzehntägig und monatlich, manche sogar täglich bezahlt werden. Auch die städtischen Unternehmungen die niemandem Kredit gewähren, sind nur Kassengeschäfte und liefern tägliche Einnahmen. Wir stehen noch immer in einer entsetzlichen Wirtschaftskrise. Wenn Breitner in dieser Frage mit sich reden liesse, so würde es volkswirtschaftlich wohlthätig wirken, wenn man zum Beispiel die Fürsorgeabgabe nicht um 3/16 sondern um etwas mehr ermässigt hätte, sodass 100 Milliarden auf eine Reihe von Betrieben verteilt würden. Aber Herr Breitner will, dass er nur allein grössere Investitionen macht. Ueber die Verwendung dieser ungeheuren Kassenbestände die ein Drittel unserer Ausgaben ausmachen, verfügt Herr Breitner nach seinem Belieben und nach Beratung mit Leuten, die ausserhalb des Hauses stehen. Dass diese Billion der Volkswirtschaft in der heutigen Zeit entzogen wird, ist eine Verantwortlichkeit, von der man sagen darf, dass neben der Frankenspekulation und neben den Leuten die unser Ansehen im Ausland so ausserordentlich schädigen auf die Anklagebank auch Breitner hingehört (Beifall bei den Parteilgenossen). Die Mitarbeit <sup>der</sup> Minderheit. Wo sind die schönen Zeiten von der Demokratisierung der Verwaltung, wo an jeden einzelnen Funktionär die Einladung zur Mitarbeit erging. Wir haben den Eindruck, dass <sup>sie</sup> hier kein Zusammenarbeiten, kein Nebeneinanderarbeiten wünschen, es besteht eine Parteidiktatur, deren obersten Exponenten Herr Breitner ist. Wir kommen langsam zur Ueberzeugung, dass es für uns in diesem Saale keinen Sinn und Zweck hat einen Antrag zu stellen, weil er auf jeden Fall zurückgewiesen wird.

Nächstes Kapitel: Verletzung allgemein gültiger finanzpolitischer Richtlinien. Der oberste Grundsatz ist und bleibt, dass Steuern nur insoweit vorgeschrieben und eingehoben werden dürfen, als sie zur laufenden <sup>Gebahrung</sup> notwendig sind. Investitionen, Wohnhausbauten, Aktienerwerbungen sind aus Krediten oder Anleihen zu decken. Im Voranschlag erklärt Breitner, Bankkredite im Betrage von 402 <sup>Milliarden</sup> in Anspruch nehmen zu wollen. Nun, das ist unrichtig, das ist eine rein steuertechnische Massnahme, durch die den städtischen Unternehmungen ein paar Milliarden Erwerbsteuern <sup>erspart</sup> werden sollen, die übrigens dem Bunde auch sehr zu gute kommen würden. Redner beschäftigt sich eingehend mit den einzelnen Angaben und bemerkt, dass die Bilanzmäzchen, die sich der Referent leistet kein Kaikaufmann sich beschaffen würde. Es wurde ein Kontrollamt eingesetzt, aber eine wirkliche Kontrolle ist der Opposition verwehrt. Am besten wäre die Schaffung eines Finanzkontrollausschusses, wie er im Niederösterreichischen Landtag besteht.

St.R. Breitner dazwischenrufend: Dem Zimmermann könnte man das übertragen, er hat schon eine Kontrolle. Das wäre eine Idee.

G.R. Zimmerl: Niemand ruft nach dem Kontrollor Zimmermann. Wenn dessen Kontrolle über das Ausmass des ursprünglichen Planes gegangen ist, so trägt hierfür allein die sozialdemokratische Partei die Verantwortung (Beifall bei der Opposition). Der Referent behauptet bei jeder Gelegenheit, wenn über die Steuermassnahmen gesprochen wird, es handle sich lediglich um die Besteuerung der besitzenden Klassen. Mit diesem Schlagwort muss endlich einmal gründlich aufgeräumt werden. Die Grundsteuer des Landes Wien trifft hauptsächlich die kleinen Besitzer, die Wohnbausteuer vielfach die breiten Massen der Bevölkerung, bei der Lustbarkeitsabgabe macht man keine Unterschiede, wohl gut die Hälfte müssen die Arbeiter- und Beamtenschaft und die Kleingewerbetreibenden tragen; Und will man etwa die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, welche 2000 Betriebe entrichten müssen, die Fremdenzimmerabgabe als reine Luxussteuer bezeichnen? Auch die Wertzuwachsabgabe verdient diesen Titel nicht, denn sie trifft in der Mehrzahl jene armen Menschen, die aus dem Zusammenbruch das Letzte gerettet haben. Wenn man alle diese Steuergattungen betrachtet und ihre Erträge prüft, so gelangt man zu dem Schluss, dass von den 1400 Milliarden Steuererträgen, welche für das Jahr 1925 veranschlagt sind, im ganzen 172 Milliarden von den Besitzenden getragen werden. Also nur 5 Prozent aller Einnahmen holt das Talent Breitners aus den reichen Ständen heraus. Es wird die Allgemeinheit belastet, in der Hauptsache die produzierenden Stände. Das alles zusammen macht das System Breitner aus, es ist sozialistisch, kommunalpolitisch, in gewissem Sinne Bankenfeindlich, aber auch bankenfreundlich, ein Durcheinander von Methoden, das man tröstlich als Schlagobers mit Gurkensalat bezeichnen könnte (Heiterkeit bei der Opposition). Ich habe schon bei der vorjährigen Budgetdebatte die einzelnen Ziffern auf das rechte Mass zurückgeführt und die Tatsachen haben mir recht gegeben. Und heute getraue ich mich wieder im Voraus zu sagen: Die Einnahmen werden höher sein, als sie veranschlagt sind, die Ausgaben weitaus geringer, man wird uns schliesslich zur Begründung sagen, dass der lange Winter, der nasse Sommer die Saumkeit der Lieferanten die Veranlassung sind, wenn manche Pläne unausgeführt blieben und weniger Geld ausgegeben wurde. Daher werden die Kassenbestände jetzt eine Billion ausmachen, sich hübsch in das nächste Jahr hinüberziehen. Ich behaupte, es besteht kein Defizit, es sind keine Kredite zur Bedeckung erforderlich und aus diesem Grunde allein werden wir gegen die Vorlage stimmen. Aber auch deswegen weil wir kein Vertrauen zu Ihrer Verwaltung haben und auch nicht haben können, schliesslich lehnen wir die Vorlage aus dem Grunde ab, weil wir die Verantwortung für eine derartige Führung der Finanzen absolut nicht übernehmen können. (Lebhafter Beifall).

G.R. Biber (chr. soz.) erinnert an den Misstrauenantrag, den die Opposition in der letzten Gemeinderatssitzung gegen den Finanzreferenten Breitner eingebracht hat und erklärt, man hätte annehmen müssen, dass dieser Antrag einer so bedeutenden Minderheit dem Finanzreferenten nicht gleichgültig sein konnte. Stadtrat Breitner hat es aber für gut befunden, in seiner Verteidigungsrede die Demonstration der Gewerbetreibenden vor dem Rathause mit witzelnden Bemerkungen abzutun. Wenn Breitner in dem Momente, wo er sich gegen eine schwere Anklage ernster Männer zu verteidigen hatte nichts anderes zu sagen fand, als dass die Demonstranten noch immer bessere Ueberrücke besitzen, die sie von den Teilnehmern anderer Kundgebungen unterscheiden - dann weiss man eben welche Gedanken das Gehirn des Finanzreferenten durchziehen. Man findet schwer eine Begründung für die Brutalität und Härte seiner Steuerpolitik.

19/12

---

Vunuu.

Sechster Bogen

ohns sie aber zu begreifen. Um das zu können, müsste man schon auf dem Gebiete der Psychiatrie vertraut sein. Redner bespricht dann ausführlich die Steuern von Standpunkt des Gewerbes und beschäftigt sich besonders eingehend mit der Wohnbausteuer, sowie mit dem Wohnung problem überhaupt. Er verweist auf eine Publikation in der Arbeiterzeitung in der behauptet worden sei, dass für einen Kleingewerbetreibenden die Summe aller komunalen Abgaben jährlich 1.2 Millionen betrage und bezeichnet diese Behauptung als tendenziöse Lüge. Er führt verschiedene Beispiele an, um das Gegenteil zu beweisen. Ein Gewerbetreibender mit 600 Kronen Friedenszins zahlt heute rund 180.000 Kronen Wohnbausteuer. Wenn er aber in seiner Werkstatt nur mit 5 Gehilfen arbeitet, so muss er allein 6 Millionen Fürsorgeabgabe zahlen, dann andere Abgaben für Gas und Licht, Feuerversicherung, sodass die Summe aller Gemeindeabgaben jährlich  $6\frac{1}{2}$  Millionen beträgt, während der sechstausendfach valorisierte Zins bloss 3.6 Millionen ergibt.

St.R. Breitner : Was ist mit der Wohnung dieses Mannes. Er erspart ja auch die Wohnung.

G.R. Biber : Ich spreche von seinem Geschäftslokal. Ich kannungleiches nicht vergleichen. Man hat in der Arbeiterzeitung fälschlich behauptet, dass alle Steuern samt Fürsorgeabgabe zusammen 1.2 Millionen betragen, also eine bewusste Verdrehung der Angaben, die von amtsführenden Stadtrat Breitner in öffentlicher Gemeinderatssitzung bestätigt worden sind.

Als Redner auf die Wertzuwachsabgabe zu sprechen kommt, die er als äusserst ungerecht bezeichnet, ruft ihm Gemeinderat Hiess ( soz. ) zu, dass das eine Vertretung der Hausherreninteressen bedeutet.

G.R. Kotter ( chr. soz. ) : Das ist wirklich zu blöd.

G.R. Hiess : Ueberlegen Sie sich Herr Bundesrat was Sie sprechen. Vielleicht sind Sie blöder als ein anderer. ( Stürmischer Protest bei der Opposition ).

G.R. Biber : Ich muss konstatieren, dass der Ausdruck Hausherr die verehrte Majorität immer so nervös macht, obgleich ich meine, dass der Stand der Hausherren kein beneidenswerter ist. Der Redner bespricht dann noch den Bau des Reumanbades im X., Bezirk für den die wahnwitzige Summe von 100 Milliarden aufgewendet werde, ferner die Hauspersonal- und Automobilabgabe, und tritt für eine bedeutende Milderung der letzteren ein, weil die <sup>gegenwärtigen</sup> Lasten für viele Kraftwagenbesitzer zu drückend sind, sodass sie einer nach dem anderen die Verwendung des Kraftwagens aufgeben müssen. Redner wünscht eine Aenderung der Skala bei der Konzessionsabgabe und insbesondere jener Bestimmungen die bei Uebertragungen das vierfache dieser Abgabe festsetzen und rügt die Härte der Strafen bei der Fürsorgeabgabe. Schliesslich sei das Vorgehen einzelner Amtorgane bei der Kontrolle heftig zu kritisieren. Bezüglich der parifizierten Zinse habe der Finanzreferent versprochen seine Amtstellen anzuweisen, dass über diese Parifizierungen in der nächsten Zeit Verhandlungen eingeleitet werden sollen. Es sei eine grobe und bewusste Entstellung der Tatsachen, wenn man behaupte, dass das Gewerbe in Wien durch die Gemeindesteuern nicht hart betroffen werde. Das Steuersystem sei ungesund und müsse an der Wurzel geändert werden. Aber dieses System der Steuern sei von der Person und dem Menschen Breitner nicht zu trennen. Solange Breitner an dem Referententisch sitzt und solange Breitner sein Steuersystem weiter betreibt, erhalte der Voranschlag keine Zustimmung ( Stürmische Rufe bei der Mehrheit: Hoch Breitner ! und Beifall bei der Minderheit ).

Vorsitzender Weigel schliesst die Vormittagsitzung.